

Presseinformation des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) vom 25.07.2014

Auf Einladung des Integrationsrates der Stadt Bad Pyrmont findet die 99. Plenarsitzung des NIR am 26. und 27. Juli 2014 im Rathaus statt. Der Vorstand des NIR dankt dem Rat und der Verwaltung der Stadt Bad Pyrmont für die Unterstützung der Veranstaltung. Das erste Schwerpunktthema ist die

Vorstellung der Studie: "Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014".

Aus der aktuellen "Mitte-Studie" zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland liegen jetzt die Ergebnisse vor. Seit 2002 untersucht die Leipziger Arbeitsgruppe um Prof. Dr. Elmar Brähler und PD Dr. Oliver Decker die rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Im Rahmen dieser als "Mitte-Studie" bekannten Erhebung werden im Zwei-Jahres-Rhythmus repräsentative Befragungen durchgeführt, von 2006 bis 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die aktuell vorliegende Publikation präsentiert die Ergebnisse für 2014 und vergleicht sie mit den letzten zwölf Jahren. Es werden Entwicklungstendenzen bei der rechtsextremen Einstellung aber auch gegenüber Sinti und Roma, Muslimen und Asylsuchenden sichtbar. Auch die dokumentierte Haltung gegenüber demokratischen oder diktatorischen Regierungsformen ist für die demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Ergebnisse der aktuellen "Mitte-Studie" werden am 26. Juli ab 13:15 Uhr von Prof. Dr. Elmar Brähler vorgestellt.

Das zweite Schwerpunktthema behandelt die

„Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Niedersachsen“.

Im Asylbewerberleistungsgesetz (§ 4 AsylbLG, § 6 AsylbLG) ist auch die Krankenversorgung geregelt:

- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen akuten Erkrankungen gewährt werden.
- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen mit Schmerzen verbundenen Erkrankungen gewährt werden.
- Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, wenn dies "unaufschiebbar" (das heißt jetzt unmittelbar notwendig) ist.
- Bei Schwangerschaft und Geburt erhalten Frauen alle auch für Deutsche üblichen medizinischen Leistungen bei Arzt und Krankenhaus, sämtliche Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind, Hebammenhilfe, Medikamente und Heilmittel.
- "Sonstige" medizinische Leistungen müssen gewährt werden, wenn dies "zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich" ist.

Die Regelungen zur medizinischen Versorgung machen in der Praxis oft Schwierigkeiten. Deshalb hat der Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung in Bad Pyrmont gesetzt. Das einleitende Referat wird Karin Loos vom „Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.“ am 26. Juli ab 15:30 Uhr halten.